

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner
Günter Grass
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz
(Chefredakteur)
Ulrike Ackermann
(verantwortlich)
Norbert Seitz

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Hans-Joachim Schabedoth
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinhard Höppner
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse

1 1994
41. Jahrgang

Inhalt

3 Editorial

Aktuelles

- 5 GESPRÄCH MIT
HELMUT SCHMIDT
»Es gibt unlösbare Probleme
in der Politik«
- 13 HERIBERT PRANTL
Die SPD nach dem Wiesbadener
Parteitag
- 16 JÜRGEN VOGES
Die 4-Tage-Woche bei VW
- 18 MICHAEL NEHRLICH
Der Haß auf Frankreich
Oder: Vom deutschen Veitstanz
um die »nationale Identität«
- 24 KAI EHLERS
Rußlands Türken

Thema:

Wieviel Erinnerung kann sich eine Gesellschaft erlauben?

- 28 ZYGMUNT BAUMAN
Das Jahrhundert der Lager
- 38 HANS DIETER ZIMMERMANN
Zur Zurückweisung der
Dissidenten in Warschau, Prag
und Berlin
- 43 FRIEDRICH SCHORLEMMER
Versöhnung heißt nicht:
»Schwamm drüber«
- 49 IVAN KRASTEV
Die »Lustrationsdebatte« in der
Tschechoslowakei und Bulgarien
- 56 DICK HOWARD
Die Revolution von 1989
aus heutiger Perspektive
- 65 ADAM MICHNIK
Im Namen der Vergebung

Kontrovers

- 69 PETER GLOTZ
Der Kroat als Kunstprodukt.
Antwort auf Alain Finkielkraut

Kultur

- 71 KAREL KOSIK
Das Jahrhundert der Grete Samsa
- 76 JIŘI GRUŠA
Ein Portrait des Schriftstellers
Petr Kabeš
- 79 PETR KABEŠ
Gedichte
- 80 KARL-MARKUS GAUSS
Zum 100. Geburtstag von
Miroslav Krleža
- 85 HANS-MARTIN LOHMANN
Zeitschriften-Forum

Kritik

- 88 DOROTHEA SCHULER
Zu spät? Bilder vom Verschwinden
der Geschichte
- 90 RALF ALTENHOF
Die Ordnung des Terrors
- 92 BARBARA STIEGLER
Ausgezählt
- 94 THOMAS KEIDEL
»Unser Geld«
- 95 CHRISTIAN JÜRGENS
Vom weltfremden Menschentier
- 96 Zu den Autorinnen und Autoren
- 96 Impressum

Titelfoto: Reinhard Matz

BÜNDNIS 90/GRÜNE fand in der SPD keine Auseinandersetzung statt.

Die »alten Seilschaften« haben also gesiegt, könnte man sagen. Walter Jens, der schon 1986 Mitglied der Ost-Berliner Akademie wurde und den offensichtlich weder die Ergebnissadressen dieser Akademie im Namen aller Mitglieder an die Partei und Regierung störten noch die regelmäßigen Treffen der Mitglieder mit Truppenteilen der Nationalen Volksarmee, Walter Jens übte den »Schulterschuß«, wie er das nannte, mit dem Regierenden Bürgermeister Diepgen und führte Vier-Augen-Gespräche mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Landowsky. Dieselben Leute, die Bärbel Bohley vorwarfen, sie arbeite im Akademien-Streit mit einem CDU-Mann wie Lehmann-Brauns zusammen, fanden nichts an Jensens Schulterschuß auszusetzen.

Die unruhigen Geister blieben draußen. Die genannten Dissidenten traten aus. DDR-Autoren wie Gert Neumann, Wolfgang Hilbig, Kurt Drawert, Uwe Kolbe, aber auch ältere wie Sarah Kirsch, Hans-Joachim Schädlich und Wolf Biermann werden kaum gewählt werden, und wenn, dann werden sie wie Sarah Kirsch die Wahl ablehnen. Draußen bleiben aber auch die 68er Autoren aus West-Berlin wie Hans Christoph Buch, Friedrich Christian Delius und Peter Schneider; Buch und Schneider haben sich kritisch über die Vereinigung geäußert. Schon bei den Berliner »Friedensgesprächen« Anfang der 80er Jahre fielen sie durch ihre Kritik an der DDR auf. Sie hatten auch vor der Wende keine Chance. Aus West-Berlin wurden in den letzten Jahren die Lyriker Oscar Pastior und Harald Hartung gewählt, zwei freundliche unpolitische Menschen. Wohlverhalten wird wohl wieder prämiert werden – wie zu DDR-Zeiten.

Derweil sitzt Walter Jens die Sache aus. Bis 1996, wenn die Akademie 300 Jahre alt wird, ist wahrscheinlich vergessen, daß hier »der Unterschied zwischen Alt und Neu verwischt und die Auslands-grenze verschoben« wurde. Walter und Inge Jens haben sich der Akademie gegenüber, deren Präsident Walter Jens ist,

bereit erklärt, eine Geschichte der Akademie der Künste für 1996 zu schreiben. Das ist etwa so, als ob der Bundeskanzler und seine Frau Hannelore der Bundesregierung gegenüber sich bereit erklärt hätten, eine Geschichte der Bundesrepublik zu schreiben. Man darf auf das Ergebnis gespannt sein.

FRIEDRICH SCHORLEMMER

Versöhnung heißt nicht:
»Schwamm drüber«

Die wunderbare Selbstbefreiung der Ostdeutschen von der Diktatur war nicht nur die Befreiung der Unterdrückten von ihren Unterdrückern, sondern auch die Befreiung der Unterdrückten von ihrem Unterdrückenmüssen. Nicht wenige haben an diesem Befreiungsprozeß teilgenommen, der zu neuem Würdegewinn und Selbstwertgefühl der großen Mehrheit der Ostdeutschen – auch vieler Systemträger – führte. Die Erwartung der Demokratie verband sich sehr bald und sehr vehement mit der Hoffnung auf die Einheit Deutschlands.

Inzwischen ist die Euphorie vieler einer Depression sehr vieler gewichen, weil sie neue Entwürdigung, Entwertung und Entmündigung erleben und erleiden. Der Versuch, die DDR im Schnelldurchgang zu einer erweiterten Ausgabe der Bundesrepublik zu machen, mißlang. Die 40 trennenden Jahre haben uns sehr unterschiedlich geprägt. Die Trennungszeit hat strukturell wie mental zu Unvereinbarkeiten geführt. Auch wurden im Vereinigungsprozeß einige kaum noch redigierbare Grundfehler begangen, so daß manche Enttäuschung in Verbitterung umschlug.

Dabei wird leicht übersehen, was wir miteinander durch die deutsche Einheit gewonnen haben und wieviel im Osten Deutschlands inzwischen aufgebaut



Foto: AKG, Berlin

wurde. Das aber können die millionenfach ins gesellschaftliche Aus beförderten Ostdeutschen nicht mehr würdigen, denn im ganzen steht der Aufbau Ost noch in keinem Verhältnis zum eskalierenden Abbau Ost. Die selbstbestimmte Einverleibung der DDR in die BRD wird von vielen inzwischen als ein Auskaufen, Kolonisieren und »Plattmachen« empfunden. Tatsächlich gibt es eine bisher kaum aufgedeckte Vereinigungskriminalität von Glücksrittern aller Couleur (...).

Viele sehen erst jetzt, wie marode die ganze DDR ist, wie heruntergewirtschaftet die Betriebe sind, in denen sie gearbeitet haben. Andererseits aber erleben sie, wie das, was durchaus konkurrenzfähig erscheint, durch Privatisierung zugunsten westdeutscher Produktionsstätten wegsaniert wird. Darin wird für manche die »Fratze des Kapitalismus« (Ministerpräsident Bernhard Vogel) sichtbar. Nach einer EMNID-Umfrage meinen 51 Prozent der Westdeutschen, daß Arbeit haben wesentlich zum Sinn des

Lebens gehöre. In Ostdeutschland sind es 81 Prozent, die so denken.

Die neuen rechtsstaatlichen Institutionen erweisen sich für viele als ebenso unzulänglich wie die alten. Clevere Beraterfirmen aus dem Westen haben sich auf Kosten des Ostens bereichert, indem sie die anfängliche Gutgläubigkeit der Ostdeutschen ausnutzten. Die alten Herrscher haben gelogen. Die neuen tun es auch. Diese unerwartete Enttäuschung führt zur Abstinenz von Politik und zum Zweifel an den neuen Institutionen.

Auch die bisherige Art der sogenannten »Vergangenheitsbewältigung« ist in eine Sackgasse geraten, weil man vielleicht fälschlicherweise eine Art nachträglicher Wiedergutmachung erwartete. Die juristischen Verfahren, in denen zugleich die ideologisch motivierte Politik der Nachkriegsepoche zur Debatte steht, haben sich aber als untaugliche Mittel zur Aufklärung, Beurteilung und Sühne grundlegender Irrtümer und Verbrechen

erwiesen. Viele Bürger der ehemaligen DDR hatten eine Art Entlastung durch die Suche nach Schuldigen und deren Bestrafung erhofft. Fast alle Prozesse haben sich indes mehrfach verhakelt.

Vor allem Ostdeutsche wehren sich vehement dagegen, daß es jetzt zu einer sogenannten Schlußstrichdebatte kommt. Sie sehen darin eine Verhöhnung der Opfer. Versöhnung mißverstehen sie als Schwamm-drüber-Strategie. Versöhnung kann aber nur gelingen, wenn von beiden Seiten die Bereitschaft erkennbar wird, offen und differenzierend darüber zu sprechen, wer was warum getan oder unterlassen hat. Ehemals Verantwortliche, die sich inzwischen gewandelt (nicht gewendet!) haben oder die mitten in einem komplizierten Wandlungsprozeß stehen, müssen darauf hoffen können, gleichberechtigt und gleichgeachtet integriert zu werden. Dabei darf weder das Ehrgefühl der Opfer verletzt werden, noch dürfen die, die Verantwortung für das System im ganzen und für Erniedrigung und Beleidigung im einzelnen hatten, das Gefühl bekommen, daß sie hoffnungslos ausgegrenzt bleiben.

Indes kommen sie nicht selten zu der deprimierenden Erkenntnis: Wenn wir so bleiben, wie wir sind, werden wir »Betonköpfe« genannt. Wenn wir uns wandeln, werden wir als »Wendehälse« bezeichnet. So aber kommen wir miteinander in der demokratisch-pluralistischen Gesellschaft nicht weiter; das Recht auf politischen Irrtum und die Einsicht, daß es ein Irrtum war, muß akzeptiert und honoriert werden.

Man muß sich einmal an die Selbstbefreiung 1989 erinnern. Auch die in der Ideologie Eingeschlossenen wurden in ihrem Denken und Handeln befreit. Sie besannen sich auf die sie tragenden sozialistisch-humanistischen Werte unter Verzicht auf Alleinvertretungs- und Machtansprüche. Diese plötzliche Erkenntnis wurde unterbrochen, als nicht mehr anerkannt wurde, daß sie eigentlich alle befreit worden sind: die Staatsbürgerkundeführer von ihrem wissenschaftlichen Aberglauben, die Grenzsoldaten von der Lüge, daß sie den Frieden beschützen,

die IM vom Bespitzeln der Freunde, die Umweltschützer vom Verschweigen der Umweltdaten, die Lehrer vom Prokrustesbett des Lehrplans.

Viele von ihnen waren ursprünglich verführt worden durch die großen Menschheitsträume einer weltweiten Befreiungsperspektive. Die Weltgeschichte werde – so die Verheißung – endlich neu beginnen, das alte Spiel aufhören. Alles Dunkle, Dialektische wurde als »notwendige Widersprüche der Entwicklung« wegretuschiert, weil die grundlegenden Widersprüche – die sogenannten antagonistischen – als beseitigt galten. Man war also im Prinzip auf gutem und richtigem Wege. Dafür stand »die Partei« ein – unter Führung der »ruhmreichen KPdSU«. Eine solche ideologische Verführung war als solche nicht erkennbar. Hätten denn alle 17 Millionen Ostdeutschen flüchten sollen, damit sie sich nicht zu rechtfertigen brauchen?

Es fällt schwer, jetzt schon allen wieder gleiche Chancen für Bewerbungen in allen Berufen und Positionen einzuräumen. Die Deformationen auf der einen Seite und die Verletzungen auf der anderen gehen tief. Außerdem ist schneller Beifall von falscher Seite zu erwarten, weil die Skrupellosen bald wieder »guten Gewissens« obenauf sein könnten. Die anderen, die in den 40 Jahren beiseite gedrängt wurden, würden wieder als Verlierer dastehen. Doch ist zu fragen: Welche Wahl haben wir? Wirkt nicht subkutan das Gift der Verbitterung, wenn Menschen wegen ihrer Vergangenheit auf Dauer ausgegrenzt werden? Werden sich nicht allzu viele allzugern als Märtyrer darstellen oder fühlen, die isoliert, stigmatisiert und von der Mehrzahl geschnitten werden? Können wir Talente verschleudern und verkümmern lassen? Brauchen wir nicht Integration als das ehrliche Angebot für einen Neuanfang? Und würden wir anderenfalls nicht einer unbedachten DDR-Nostalgie Vorschub leisten?

Beim Wunsch nach radikalem Aufräumen ist die Rolle der sogenannten »Ausreiser« besonders zu betrachten. Viele hatten aus völliger Hoffnungslosigkeit

keit alles aufgegeben, wollten um buchstäblich jeden Preis raus aus der DDR. Sie waren häufig sogar zu »staatsfeindlichen Handlungen« bereit und wählten bewußt den Weg über das Gefängnis, wohl wissend, was mit ihren Kindern in dieser Zeit geschehen würde. Ausreiser wurden zu den radikalsten Kritikern. Gleichzeitig waren sie die Hoffnungslosesten, weil sie Widerstand für sinnlos hielten. Sie riskierten alles, weil sie so ihrem Anliegen nach baldigster Ausreise nahezu kommen suchten. Darunter waren auch viele »Begünstigte«, also Funktionäre, Wissenschaftler und Künstler, die sehr lange das Hohelied der SED gesungen hatten und nun plötzlich prinzipielle Staatsgegner wurden. Viele waren gar in der letzten Phase der DDR zu frommer Schein-Heiligkeit in »Friedensgebeten« mit weißen Socken, dem Ausreisererkennungszeichen, bereit. Sie schlossen sich Dissidentengruppen an und wurden in diesen dann meist die Radikalsten.

Wer von ihnen ist jetzt noch bei »Friedensgebeten« oder anderem Gebet zu finden? Hier fand eine Instrumentalisierung von Glaube und Kirche statt, genauso wie im Herbst 1989, als »das Volk« die Kirche als vorläufigen Schutzraum nutzte.

Wer von diesen DDR-Bürgern die DDR vor ihrem Ende verlassen hat, braucht heute keine Vergangenheit vorzuweisen; aber alle die, die hiergeblieben sind, müssen sich rechtfertigen. Unter den Weggegangenen sind indes auch »hohe Kader«, die längst im Westen leben und sich nun aufgrund ihrer Ausreise als Verfolgte gebärden. Darunter sind viele durchaus Privilegierte. Ihr einziges Widerstehen bestand in dem plötzlichen Entschluß, die DDR zu verlassen.

Der Umgang der Behörden mit »Ausreisern«, die sie als Verräter behandelten, gehört zu den schmachvollen Kapiteln der SED-Politik. Menschen wurden als Staatseigentum behandelt, aus Abschreckungsgründen gedemütigt und dann verkauft. Immer mehr, vor allem jüngere Bürger, die sich bislang meistens ganz gut eingerichtet und arrangiert hatten, verließen das sinkende Schiff.

Die Behörden versetzten ihnen noch einen letzten Tritt und bedrohten das ganze familiäre Umfeld.

Viele hatten in der DDR durchaus etwas zu verlieren, aber heute fordern sie nun das zurück, was sie unter allen Umständen verlassen wollten: ihr Eigentum, dessen Wert sich inzwischen verzehner- oder verzwanzigfach hat. Bisweilen scheint es, als ob alle »Alteigentümer« im Westen lebten und den »Hiesigen« kaum etwas gehöre. Es ist eine üble Begleiterscheinung des Einigungsprozesses, daß die Ausreiser ihre Helfer von damals jetzt vor den Kadi zu bringen suchen, um den Reichtum, der nun nach der Einheit winkt, durch Vorwürfe gegen Wolfgang Vogel zurückzubekommen. Dabei waren sie es doch, die buchstäblich alles endgültig abgeschlossen hatten, um ihr Leben im Westen neu aufzubauen. Man muß Ausreiser-Karrieristen von denen unterscheiden, die sich in der DDR zerrieben haben, die schikaniert und zu »Feinden« erklärt, enteignet, behindert und mundtot gemacht wurden – ihre Alternative war einzig die Flucht.

Dieses Land war andererseits auch für viele Heimat, die sie einfach nicht verlassen wollten. Was wäre denn auch gewesen, wenn in der SED nur fanatisch Überzeugte geblieben wären? Viele haben die Mitgliedschaft in der SED oder anderen gesellschaftlichen Organisationen genutzt, um auf diese Weise mehr Freiraum zu haben. All dies muß nachträglich differenziert bewertet werden, ohne daß es in jedem einzelnen Fall gelingt, ein gerechtes Urteil zu finden. Oft müssen relativ Unschuldige für besonders bössartig-cleveren Schuldigen mitbüßen.

Die Ostdeutschen haben Erniedrigung und Entwürdigung erlebt. Bei jeder Behörde, bei jedem Antrag, in jeder Gaststätte, in jedem Laden. Sie haben ihre Würde im Herbst 1989 auf den Straßen der DDR selber zurückerobert. Lange waren sie mit der Parole abgespeist worden, daß sie auf der richtigen Seite der Geschichte leben. Nun stellen sie fest, daß »alles umsonst war«. Im Kapitalismus erleben sie jetzt, daß wieder nur einer bestimmt: das Kapital, und sie wie-

der nur Objekte politischen Handelns sind. Dies führt bisweilen zu einem Gefühl verlorenen Lebens und damit zu Trotzreaktionen, die sich gelegentlich in Nationalismus verwandeln.

Neurotisches Verhalten gehört zum schwierigen Erbe der roten Diktatur, die soviel innere wie äußere Zerrüttung hinterlassen hat. Inzwischen führen zu viele Zukurzgekommene ihren Karriereknick einzig auf politische Gründe zurück und beanspruchen Aufgaben, denen sie nicht gewachsen sind. Das Fehlen von Kompetenz in den neuen Bundesländern ist eine Langzeitfolge der Diktatur, die jede alternative Kompetenz unterdrückte. Die Invasion der »Besser-Wessis«, die häufig wirklich besser sind, ist eine fatale Folge der systemimmanenten Auslöschung von Kompetenz und Kreativität im Osten.

Diejenigen, die damals als Gegner betrachtet oder zu Gegnern gemacht wurden, müssen sich heute klar darüber sein, daß sie nicht an den Mächtigen von einst das wiederholen dürfen, was sie selber durchlitten haben. Die Millionen Mitläufer brauchen die Selbsterkenntnis, daß ohne ihr Mitläufertum das System nicht so lange hätte existieren können. Insofern muß die Demokratie als eine gemeinsame Chance betrachtet werden, die allerdings couragierte Demokraten braucht und nicht das Denunziantentum perpetuieren darf. Für uns Deutsche ist der Transformationsprozeß insofern noch widersprüchlicher als für andere Länder des ehemaligen Ostblocks. Die Ostdeutschen wollen einerseits nicht alle wichtigen Posten mit »Wessis« besetzt haben, erkennen aber gleichzeitig, daß das Potential befähigter Menschen in Ostdeutschland nicht groß genug ist, um auf »staatsnahe« Leute von gestern verzichten zu können.

Das Leben in der Diktatur erschien den meisten ganz ohne Alternative. Es gab nur Mitmachen, Sichzurückziehen oder Weggehen. Nur eine verschwindende Mehrheit sah für sich den Weg des permanenten Widerstandes, wobei sie den Spielraum immer nur so weit ausreizten, daß sie nicht ins Gefängnis kamen. Dieser Spielraum war in der DDR

stets größer als in der Sowjetunion, aber kleiner als in Polen. Der Spielraum war eng, aber man konnte widerstehen, ohne umgebracht zu werden. Dies will eine Mehrheit heute nicht mehr wissen. Die Rache von Mitläufern ist eben unersättlich. Ganz ähnlich verhalten sich einige, die einmal durchaus Gläubige des Systems waren, sich aber rechtzeitig in den Westen abgesetzt haben.

Die Verführbarkeit war so groß, weil das System nicht ohne weiteres als verbrecherisch erkennbar war und es in seiner genuinen Zielstellung ja auch nicht war. Sozialismus war doch immer auch noch ein Gesellschaftsmodell, das so viele so lange mitgestaltet, mitverantwortet und mitgetragen haben, weil es in seiner Zielplausibilität nicht einfach in die Kategorie von Diktatur und Verbrechen einzuordnen war. Zumal es in der DDR eine systemlegitimierende »Sicherheit« gab: soziale Sicherheit, Friedenssicherung, Arbeitsplatzsicherheit, Wohnraumsicherheit, Sicherheit vor Überfallkriminalität und Drogenkriminalität, vor allem aber und immer wieder strikte Abwehr des »Faschismus«. Die DDR zeigte sich als ein Sicherheitssanatorium – wie fragwürdig das im einzelnen auch gewesen sein mag.

Dieser totale Versorgungsstaat, der die Menschen sogar mit dem richtigen Denken zu versehen beanspruchte, ist in sich zusammengefallen, und viele Menschen, die jetzt plötzlich aller ihrer bisher von außen oder innen behüteten Sicherheiten beraubt sind, fangen an, sich nach diesem Versorgungsstaat zurückzusehen und ihn in dem Maße schönzufärben, wie er jetzt vom Westen schwarzgemalt wird.

Die Ostdeutschen haben nach dem von vielen Hoffnungen begleiteten Umbruch sehr bald eine weitere »Entwertung« erfahren. Fast alles, was sie einmal gelernt haben, alles, was für sie eine »Errungenschaft« war, wird plötzlich wertlos. Ihre Betriebe gelten als schrotthaufen, ihre Produkte als nicht marktfähig, ihr Bildungssystem als gescheitert, ihre sozialen Errungenschaften (Arbeit für alle, billige Mieten, geringe Kran-

kenversicherungsbeiträge, Kindergärten und Kinderkrippen, vielfältige Jugend- und Kultureinrichtungen, Frauenförderung etc.) als zu kostspielig, ihre hochgeschätzten Schriftsteller als privilegiert und stasianfällig, ja als künstlerisch nicht vollwertig, und die so brave Jugend ist plötzlich kriminell und rechtsanfällig geworden. – Nicht nur das Geld, auch die »Gegner« verschwanden. Man hatte sich gegenseitig in seinen Feindbildern eingerichtet. Selbst das gab eine gewisse Orientierung im Vergleich zur jetzt so diffusen Welt. Und da kommen nun die Westler und sagen, wo und wie es langzugehen hat. Man solle, so heißt es, alle sozialistischen Eierschalen schleunigst abwerfen und es den »alten Bundesländern« gleichtun (. . .).

Vom Aufbau des neuen, vereinigten Deutschland dürfen auch die sogenannten »Systemnahen« der DDR nicht ausgeschlossen werden. Der mentale und soziale Einbruch hat vielfach existentielle Krisen ausgelöst, allerdings auch verhärtete Abwehrreaktionen.

Wenn alle, die irgendwie »systemnah« waren, nun auf Dauer in politische Schmollwinkel gedrängt werden, in verbitterte Märtyrerpositionen oder nostalgische Rückwärtswendungen, dann würde damit jeder Lernprozeß verhindert. Auch ehemalige »Überzeugte« und Mitläufer müssen eine faire Chance bekommen und nicht »abgestempelt« werden, sonst zwingt man sie, geradezu rechthaberisch auf das Scheitern der freiheitlichen Demokratie zu warten. Sie müßten eingebunden und nicht ausgeschlossen werden.

Die Evaluierungen an Universitäten, Akademien und Fachschulen haben ganze Forschungsstrukturen auseinandergebrochen und zu einer Art Westokkupation geführt. Dabei ist viel Leistungsfähigkeit, Leistungswillen und Leistungsbereitschaft weggedrängt und westlich-arrogant ersetzt worden.

Im Falle der Lehrer oder Polizisten sind in 40 Jahren DDR ganze Berufsstände verbogen, verbraucht oder mißbraucht worden. Dies betrifft nicht nur einzelne (Hochschul-)Lehrer oder Polizi-

sten an der ideologischen oder administrativen Spitze. Es wird wohl den Zeitraum einer ganzen Generation brauchen, ehe eine grundlegende Erneuerung erfolgt. Die Auswechslung scheint bisher in keinem der neuen Bundesländer wirklich gelungen zu sein.

Alle, die bewußt oder zufällig nicht in der SED waren, sind nicht schon deshalb besser als »die Genossen«, und letztere sind nicht eo ipso untauglich. Die (teilweise computerausgewerteten) Fragebögen waren fragwürdig. Die Abwicklung hat jedenfalls insgesamt zu einer erschreckenden Kraftlosigkeit des Lehrerstandes und zu einer hohen Sicherheitsinsuffizienz bei der Polizei geführt. Einen wirklichen Innovationsschub hat es nicht gegeben.

Die durch die SED entwickelte strukturelle Rechthaberpose wiederholt sich spiegelverkehrt bei einigen ihrer damaligen Gegner wie auch bei den rechtsgewendeten Schweigern oder Mitläufern in den Blockparteien. Das Immer-Recht-haben-Wollen haben viele so verinnerlicht, daß der alte Ton in neuem Gewande daherkommt. Da sind die politisch »Unbelasteten« durchaus nicht gefeit, sich genauso zu verhalten, so inquisitorisch und machtbesessen zu reagieren wie die früheren Machthaber. Je unfähiger die Repräsentanten der neuen Mehrheit sind, desto mehr müssen sie »aufräumen«, weil sie häufig ihre eigene Insuffizienz verdecken, indem sie entschlossen durchgreifen und mit großer Klarheit zurück in die Vergangenheit blicken, während sie der Zukunft gegenüber vollkommen ratlos sind.

Gewiß, es fällt schwer, manche der »alten Genossen« und ihre servil-gefährlichen Mitläufer noch immer – oder schon wieder – in Ämtern und Würden zu sehen. Aber das Auskämmen mit dem eisernen Kamm trifft zu viele, deren Können wir brauchen. Daß die Hauptverantwortlichen nicht schnellgewendet in gleiche Positionen schlüpfen dürfen, daß kriminelle Handlungen geahndet, Menschenrechtsverächter – als »Behördenangestellte« (Stasileute) – nicht in Vertrauenspositionen sein können, ist ebenso

selbstverständlich, wie die Prüfung des Einzelfalls notwendig, wenngleich äußerst schwierig ist.

Wir werden aber in einer komplizierten gesellschaftlichen Umbruchsituation, deren Folgen wir noch während einer Generation zu tragen haben werden, alle brauchen, die unsere soziale und liberale Demokratie gestalten, erfüllen und gegen ihre Verächter schützen wollen. Davon sollte niemand, der dazu bereit ist, prinzipiell ausgeschlossen werden – es sei denn, sein Tun ist strafrechtlich relevant gewesen. Nach einer Zeit existentieller Unsicherheit, rigoroser Entlassungen und gesellschaftlicher Ächtung muß fachlicher und gesellschaftspolitischer Einsatzwillen nun auch wieder Anerkennung finden.

Auszüge aus: *Weil das Land Versöhnung braucht*, hrsg. von Marion Dönhoff, Peter Bender u.a. Wir danken dem Rowohlt Verlag für die freundliche Genehmigung.

IVAN KRASDEV

Blick zurück im Zorn

Die »Lustrationsdebatte« in der Tschechoslowakei und Bulgarien

Am 4. Oktober 1991 verabschiedete die Bundesversammlung der Tschechischen und Slowakischen Republik ein Gesetz, das unter der Bezeichnung »Lustrationsgesetz« bekannt wurde. Es richtet sich gegen ehemalige Angehörige der Geheimpolizei und deren Informanten, gegen frühere Kommunisten, die von der Bezirksebene aufwärts Posten innehatten, und gegen Tausende andere, die etwa der freiwilligen Volksmiliz oder anderen Gruppen angehörten. Insbesondere erwähnt das Lustrationsgesetz alle jene, die eine (mehr als dreimonatige) Polizeiausbildung in der Sowjetunion erhalten haben. Den aufgeführten Gruppen ist es für die Dauer von fünf Jahren

(also bis zum 31. Dezember 1996) untersagt, bestimmte öffentliche Ämter zu besetzen (Ausnahmen sind in besonderen Fällen möglich). Die Debatte über die Lustration fand starken Widerhall in der Öffentlichkeit und rief eine emotionale Beteiligung hervor, deren Bedeutung nur der Dreyfus-Affäre im Frankreich des 19. Jahrhunderts vergleichbar ist. Im Laufe der Auseinandersetzung über die Verabschiedung des Gesetzes veränderte sich die politische Landschaft der Tschechoslowakei allerdings einschneidend.

Präsident Havel unterzeichnete zwar das Lustrationsgesetz, kündigte aber zugleich an, er würde auf eine Abänderung des Gesetzes hinwirken. Er kritisierte in der Hauptsache, daß das Lustrationsgesetz auf dem Grundsatz der kollektiven Verantwortung beruhte. Die bloße, durch rein äußere Merkmale bestimmte Mitgliedschaft genügte bereits, um von bestimmten Positionen ausgeschlossen zu sein, ohne daß die Betroffenen einen Rechtsanspruch auf die Prüfung ihres besonderen Falles hatten.

Zu Beginn des Jahres 1992 lagen dem Ausschuß für Justiz der Bulgarischen Nationalversammlung zwei Gesetzesentwürfe zur Dekommunisierung vor. Der eine Entwurf trug die Bezeichnung »Gesetz zur Dekommunisierung der Staatssphäre« und der andere den Titel »Gesetz zur Überwindung der Folgen kommunistischer Herrschaft im Staat und den städtischen Unternehmungen und Einrichtungen«. Das tschechische und slowakische Lustrationsgesetz hat bei den beiden bulgarischen Entwürfen Pate gestanden. »Das Gesetz zur Dekommunisierung der Staatssphäre« erfaßte jedoch mehr Gruppierungen, denen die Besetzung öffentlicher Ämter untersagt wurde. Zudem empfahl es auch privaten Betrieben, »Saubereitsnachweise« zu verlangen.

Die öffentliche Meinung Bulgariens spaltete sich an der Frage der Lustration. Die Debatte konzentrierte sich vor allem darauf, welche Gruppen namentlich in dem Gesetz erwähnt werden sollten. Eine im März durchgeführte, öffentliche Meinungsumfrage ergab, daß das